

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

11.3.1869 (No. 59)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 11. März.

N. 39.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

† München, 9. März. Fürst Hohenzollern reiste heute im Auftrag des Königs nach Nordlingen behufs einer Zusammenkunft mit dem württembergischen Minister v. Barnhäuer.

† Berlin, 9. März. Der Reichstag erwählte zu seinem Präsidenten wieder Simon mit 165 von 181 Stimmen, und zu Vizepräsidenten ebenfalls die früheren, Herzog v. Ujest mit 158 Stimmen und Bennigsen mit 124 Stimmen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

† Wien, 9. März. Die „N. Fr. Presse“ wie die „Presse“ vernehmen, daß zwischen Frankreich und Belgien Unterhandlungen in Betreff einer handelspolitischen Einigung bevorstehen.

† Brüssel, 9. März. Der König präsidirte heute einem großen Ministerrathe.

† Konstantinopel, 9. März. Die Pforte unterhandelt mit der Verwaltung der Messageries-Dampfer wegen Zurückführung der kretischen Inseln nach ihrer Insel. Dmer Fezzi wurde auf Kreta mit Ehrenbezeugungen empfangen. Die Blotade von Kreta ist aufgehoben worden. Die Häfen sind wieder geöffnet.

## Deutschland.

München, 9. März. Die Abgeordnetenkammer nahm den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Schulhaft betr., an; ebenso den Antrag auf Aufhebung der Brod- und Mehltare unter Ablehnung des Zusatzes: sobald es die Rücksicht auf die Konsumenten gestattet. Die Reichsrathskammer lehnte bei Fortsetzung der Beratung über die Gemeindeordnung den Antrag auf gänzliche Beseitigung des Getreide- und Mehlausschlags ab; angenommen wurde die Fassung des Gesetzes, daß der Getreide- und Mehlausschlag in solchen Gemeinden nicht eingeführt werden kann, wo solches bis zum 24. Febr. 1869 nicht geschah. Die Umlagefreiheit der Standesherrn wurde beibehalten. Die Beratung gelangte bis zu Art. 46.

Frankfurt, 9. März. In einer übermorgen stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten haben wir ein Majoritäts- und ein Minoritätsgutachten der neuerdings zur Prüfung der Reorganisation der niederrheinischen Kommission zu erwarten. Die Majorität (die Dr. Scherlenky, Reinganum, Sauerländer und v. Heyder) wird dem Sinne nach den Antrag stellen: Die Stadtverordneten möchten erklären: 1) daß die zum Reorganisation in Berlin gewesene Deputation ihre Instruktionen nicht überschritten habe; 2) daß die von dem König bewilligte dritte Million kein „Gnadengeschenk“, dieser Ausdruck vielmehr auf eine unzutreffende Neuerung des Finanzministers zurückzuführen sei; 3) daß das Schlußprotokoll zum Rezeßvertrag (in dem die dritte Million erwähnt wird) ein integrierender Theil des Rezeßgesetzes; 4) also die Sache einfach zu acceptiren sei, da sich gegen ein Gesetz nichts mehr machen lasse. Die Minorität (Dr. Prior und die H. Habermann und Sonnemann) sieht in ihren Anträgen 1) sachlich in der dritten Million ein Gnadengeschenk, meint 2) daß die Deputation in dieser Beziehung ihre Vollmacht überschritten habe; 3) daß die Annahme der dritten Million mit der Würde der Stadt Frankfurt nicht vereinbar; 4) daß

das Schlußprotokoll in dem Gesetz über den Rezeßvertrag nicht mit einbezogen; 5) daß demgemäß die 2 Millionen anzunehmen, die dritte Million aber abzulehnen sei.

Berlin, 3. März. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ theilt die Motive mit, welche der Bundeskanzler Graf Bis marck seiner im Bundesrath eingebrachten Vorlage, betreffend den „Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten des Norddeutschen Bundes auf das Jahr 1870“, beigegeben hat. Dieselben lauten:

Der Norddeutsche Bund trägt vermöge seiner auf den Schutz des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie auf die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes gerichteten Zwecke und vermöge seiner von jeder Kündigung unabhängigen Dauer den Charakter einer völkerechtlichen Persönlichkeit. Durch die Beglaubigung der königl. preussischen Gesandten bei den außerdeutschen Höfen und Regierungen als Gesandte des Bundes, durch die Beglaubigung der bei dem preussischen Hof akkreditirten Gesandten außerdeutscher Staaten als Gesandte bei dem Bund, durch zahlreiche völkerechtliche Verträge ist die völkerechtliche Persönlichkeit des Bundes in den allgemeinen internationalen Verkehr eingeführt. Je vielfeitiger und mannichtfältiger die völkerechtlichen Beziehungen sind, in welche der Bund während der kurzen Zeit seiner Begründung getreten ist, um so entschiedener gewinnt seine völkerechtliche Seite immer mehr an Bedeutung. Die tägliche Erfahrung in den laufenden Geschäften zeigt, daß das Ausland die Bedeutung anerkennt; sie beweist aber auch, daß die bestehende Organisation nicht ausreicht, um diese Bedeutung zur vollen Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck ist es nach der Ansicht des Präsidiums erforderlich, daß die politischen Angelegenheiten des Bundes nicht ferner von einer Behörde eines der Bundesstaaten, dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, sondern von einer dem Bund angehörenden Behörde wahrgenommen werden, und daß die politische Vertretung des Bundes im Ausland nicht ferner als ein Nebenamt durch preussische Beamte, sondern durch Bundesbeamte erfolge. In diesem Sinne hat der von dem Reichstag in seiner letzten Session gestellte Antrag auf Einverleibung der Gesamtkosten für die auswärtige Vertretung des Bundes in den Bundeshaushalts-Etat für 1870 seine Berechtigung. Der unterzeichnete Bundeskanzler beehrt sich daher, den Antrag zu stellen, daß der Bundesrath die Aufnahme des vorliegenden Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in den Bundeshaushalts-Etat für 1870 beschließen wolle. Daß dieser Antrag dem Gesandtschaftsrecht der einzelnen hohen Bundesregierungen keinen Eintrag thut, glaubt der Unterzeichnete kaum bemerken zu dürfen. — v. Bismarck.

Berlin, 8. März. Dem „Dress. Journ.“ wird von hier geschrieben:

Schon jetzt läßt sich erkennen, daß das Hauptinteresse des Reichstages sich auf diejenigen Vorlagen des Bundesrathes werfen wird, welche eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Norddeutschen Bundes betreffen werden. Gegenüber den mannichfachen Maßnahmen über die Natur und Höhe dieser Finanzvorlagen verläutet glaubwürdig, man habe sich für eine ausnahmslose Aufhebung aller Portofreiheiten und für eine Erhöhung der Branntweinsteuer ausgesprochen. Die durch erstere der Bundeserinnahmen zustehende Summe veranschlagt man auf mindestens 2 Millionen, die Erhöhung der Branntweinsteuer würde ca. 3 1/2 Millionen ergeben. Von direkten Bundessteuern, Kreirung eines Bundesfinanzministeriums u. s. w. ist dagegen keine Rede. Ob auch für den Fall der Annahme dieser Finanzvorlagen noch an das Zollparlament weitere auf Erhöhung der Einnahmen des Zollvereins zielende Entwürfe gebracht werden, läßt sich gegenwärtig, wo dem Reichstag die ihn treffenden Verlagen noch nicht ge-

macht sind, nicht übersehen; in Abgeordnetenkreisen wird dies jedoch besonders im Hinblick auf die Erklärung des Hrn. Finanzministers, daß das preussische Defizit pro 1869 7 Millionen betragen werde, für sehr wahrscheinlich gehalten.

In Betreff der Begründung von Bundesministerien für die auswärtigen Angelegenheiten, den Krieg und die Finanzen wird, wie mehrfach gemeldet wird, eine Interpellation von liberaler Seite vorbereitet.

Berlin, 9. März. Das Reichstagsmitglied Frhr. v. Haack brachte den Antrag ein, im Gebiete des Bundes eine einheitliche Bestimmung über den Eintritt der Volljährigkeit herbeizuführen. — Bürgermeister Mumm in Frankfurt ist zum Oberbürgermeister ernannt.

Berlin, 9. März. Der Bundeskanzler hat beim Norddeutschen Bundesrath eine Vorlage eingebracht, durch welche die Beiträge der Bundesregierungen zu den Militärausgaben für die zweite Hälfte des Jahres 1867 definitiv festgesetzt werden. Eine vorläufige Regelung derselben war bereits durch die Bundesraths-Beschlüsse vom 28. und 29. Okt. 1867 erfolgt. Die definitive Regelung konnte aber erst eintreten, wenn die Bevölkerungszahl feststand, welche der Normirung der Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres, sowie der Vertheilung der Kostenbeiträge auf die einzelnen Staaten zu Grunde zu legen ist.

Vom Bundesraths-Ausschuß für Rechnungswesen ist über den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Bericht erstattet worden. Wie verlautet, hat der Ausschuss namentlich hervorgehoben: bei dem anerkannten Fortbestande des Gesandtschaftsrechtes der Einzelstaaten würden deren eigene Gesandte eine Reihe von Geschäften besorgen können, welche damit den zur gemeinsamen politischen Vertretung berufenen Bundesgesandten nicht zufielen. Da nun die einzelnen Staaten doppelte Kosten zu tragen hätten, wenn sie außer den Aufstellungen des Bundesetats auch die eigenen Gesandten voll besoldeten, so empfehle sich eine Reduktion. Demgemäß beantragt der Ausschuss: etwa die Hälfte der angelegten Kosten als Aufwand für die Spezialgesandten und die andere Hälfte als durch Matritularbeiträge aufzubringende Besoldung der Bundesgesandten zu rechnen und in diesem Sinne den vorgelegten Etat zu vermindern. Gleiche Anträge sind hinsichtlich einer Beschränkung des Personals der Bundesgesandtschaften, sowie in Betreff einer Verminderung des auf den Etat gebrachten Personals des Ministeriums selbst gestellt worden.

Der zum Oberpräsidenten für die Provinz Posen ernannte Graf v. Königsmarck hatte in den letzten Tagen Besprechungen mit mehreren Staatsministern. Dem Vernehmen nach wird sich derselbe alsbald auf seinen Posten begeben.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. März. Dem Vernehmen nach hat die englische Regierung in Paris sowohl als in Brüssel sich bereit erklärt, wenn etwa auf der einen oder der andern Seite der Wunsch bestehen sollte, unbeschadet der Wirksamkeit des neuen belgischen Eisenbahn-Gesetzes, und also innerhalb des Rahmens dieses Gesetzes, für einen konkreten Fall besondere Vereinbarungen zu treffen, ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

Wien, 9. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte das Erforderniß für das Unterrichtsministerium

## Madame de Montferrato.

(Fortsetzung aus Nr. 58.)

Sie sah ihn mit verlegener Miene schweigend an, während das Lächeln, mit dem sie ihn angetrübelt hatte, von ihren Lippen schwand.

„Ich bitte um Entschuldigung, — ich habe mich in dem Namen geirrt — ich dachte — ich glaubte, Sie hießen Auguste.“

„Das ist der Name meines Vaters und meines älteren Bruders“, erwiderte der junge Mann. „Kann ich Ihnen etwas zeigen, Madame?“

„Ja“, sagte Madame de Montferrato; ich möchte eines Ihrer Service, das schönste, das Sie haben, kaufen. Ist Ihr Vater nicht zu Hause?“ fügte sie hinzu, „er könnte mir vielleicht die neuesten Zeichnungen zeigen.“

„Ich weiß nicht, wo mein Vater ist, Madame, aber ich kann Ihnen eben so gut zeigen, was wir haben.“

Eine große Anzahl sehr schöner Gegenstände wurden aufgestellt und reichlich darunter ausgewählt. Die Duchessa bestimmte diese Sachen zum besonderen Hochzeitsgeschenke für Mad. de Negri und schenkte über diese beträchtliche Ausgabe ganz unbedenklich.

„Und Suppenterinnen, haben Sie diese auch? Ist das Ihre Mutter?“ fragte sie mit leiser Stimme, als eine freundliche, gut kontervirte Frau von fünfzig Jahren aus einem der anstehenden Zimmer in den Laden trat.

„Ja Madame“, war die Antwort. „Mutter, wollen Sie die Liste der Gegenstände, welche Madame gekauft hat, schreiben und die Adresse notiren, wohin dieselben zu senden sind?“

Madame de Montferrato gab ihre Wohnung an: La duchessa de Montferrato, Hotel Rouillemont, Rue des champs Elysees.

„Haben Sie auch eine Terrine zu dem Service, das ich gewünscht habe?“ fragte sie abermals.

„Ja Madame, wir haben sicherlich eine passende.“

„Vielleicht wüßte es Ihr Vater ganz bestimmt“, sagte sie eifrig, „fragen Sie ihn; ist er nicht zu Hause?“

„Nein Madame“, erwiderte die Mutter des Herrn Charles. „Er ist ausgegangen seit diesem Morgen, wo er wegen einer Bestellung in das Hotel Mirabeau gerufen wurde; ich bin erkrankt, daß er noch nicht wieder zurück ist“, fügte sie, einen Blick auf die Uhr werfend, hinzu, „aber ich weiß, wo die Zeichnungen liegen, die Madame zu sehen wünscht. Leonie! Leonie!“ Ein reizendes Mädchen mit hellen Augen und dunklen Haaren, kam auf diesen Ruf die Treppe herunter.

„Geh hinauf Kind, in den ersten Stock, feige auf einen Stuhl und auf dem zweiten Schaf am Fenster wirst du mehrere Zeichnungen von Suppenterinnen finden. Bring diese und gib acht, daß du nicht fällst. Der zweite Schaf, merke dir’s.“

„Welch liebliches Mädchen!“ sagte Madame de Montferrato. „Ist dies Ihre einzige Tochter?“

„Ja Madame und wir werden sie am nächsten Samstag, wo sie sich verheirathen wird, verlieren. Es wird ein trauriger Tag für den Vater und mich sein, denn sie ist die Freude des Hauses. Aber es ist nur einmal so, daß junge Leute ihren eigenen Weg gehen müssen, und es wäre nicht schön, wenn die Eltern nur an sich denken wollten. Sie heirathet einen vortrefflichen Mann und wir haben alle Ursache, mit der Heirath zufrieden zu sein.“

„Ist Leonie erschieben in diesem Augenblick mit den Zeichnungen, unter welchen nach genauer Beschichtigung eine ausgewählt wurde. Das Geschäft schien nun vollständig beendet; die Adresse war notirt, die größte Sorgfalt bei der Verpackung der Sachen von der Duchessa wiederholt anbefohlen worden — und dennoch schien diese durchaus nicht geneigt zu sein, das Gemälde zu verlassen. Sie zögerte auf eine mir ganz unerklärliche Weise, ging auf und ab, fragte nach dem Zweck verschiedener Dinge, die sie nicht wohl laufen, nach dem Preis anderer, die sie nicht gebrauchen konnte, sah alsdann auf die Uhr und schickte sich endlich an, den Laden zu verlassen. Aber in dem Augenblick, wo sie

den Fuß auf den Wagentritt setzte, bog ein ällicher Mann raschen Schrittes um die Ecke herum und trat in den Laden, und rasch wie der Blitz lief Madame de Montferrato in den Laden zurück in die Mitte von Allen.

„Herr Charles“, sagte sie, auf diesen zuschreitend, „haben Sie Salsfätschen? Wir haben dieselben, wie ich glaube vergessen — und ist dieser Herr Ihr Vater?“ fügte sie lebhaft hinzu, ihre Stimme dämpfend und mit einer Bewegung des Kopfes den beiden Angekommenen bezeichnend.

„Ja Madame, zu dienen“, sagte der Besitzer des Ladens, welcher die letzte Frage überhört hatte, indem er ehrerbietig auf sie zutrat. Die kleine Dame sah ihn einige Sekunden schweigend an, dann sagte sie mit großem Ernst: „Nun, dann senden Sie die Salsfätschen mit den übrigen Sachen“, und ohne ein weiteres Wort drehte sie sich auf dem Absatz herum, schritt rasch aus dem Laden, stieg in den Wagen und fuhr fort. Sie öffnete kaum die Lippen auf dem Heimweg und schien auch am Abend, wo wir sie besuchten, zerstreut und nachdenklich. Keine Ueberredung vermochte sie, sich an's Klavier zu setzen, selbst Frln. de Negri's Rezept erwies sich als ganz erfolglos; sie sang die excentrischen Gadenzen eine nach der andern, ohne getadelt oder unterbrochen zu werden. Wir baten und flehten — umsonst! Die Duchessa war unerbittlich. Sie lag auf dem Sopha wie eine welke, weiße Rose und klagte mit matter Stimme, daß sie müde von den vielen Einkäufen, angegriffen von der Aussicht auf die bevorstehende Reise, daß sie nicht bei Stimme, nicht guter Laune sei.

„Ach“, sagte Frln. de Negri, „ich wüßte wohl, daß Sie sich zu Grunde richten würden, wenn ich nicht bei Ihnen sei, um über Sie zu wachen. Aber auch so viel Weinen um einen unbekanntem Silberhieb zu machen, und bis an's Ende des Boulevard du Temple zu reisen, um ihn doch nicht aufzufinden.“

(Fortsetzung folgt.)



(5,793,803 fl.), sowie für die Finanzverwaltung (10 Mill. 656,037 fl.), die Staatssubventionen (6,743,322 fl.), die Kassenverwaltung und Pensionen (10,828,050 fl.), ferner den Voranschlag der Einnahmen aus direkten Steuern mit 75,884,000 fl., aus den Verzehrungssteuern mit 43,184,076 fl., aus den Zöllen mit 12,500,000 fl., dem Salz mit 19,562,327 fl.

† **Wien**, 9. März. Das Ministerium ist offiziell verständigt worden, daß der König von Italien, um den Kaiser in seinem Namen zu begrüßen, den Herzog della Rocca nach Triest entsenden werde.

**Prag**, 8. März. In Welwaru verweigern zahlungs-fähige Grundbesitzer demonstrativ die Abfuhr der Steuer; in Folge dessen wurden vierzig Hnsaren als Exekutionsmann-schaft dahin entsendet. — Heute Abend starb der ehemalige Reichstags-Abgeordnete Borrosch.

#### Rumänien.

**Bukarest**, 7. März. Die letzte österreichische Briefpost wurde in der Nähe von Bukarest von Räubern angefallen. Der Postillon wurde schrecklich mißhandelt. Die Räuber nahmen die Postspferde mit.

#### Italien.

\* **Florenz**, 8. März, Abends. Die Kammer hat sich heute mit dem Budget des Ackerbauministeriums beschäftigt. — Der Prinz Wilhelm von Baden hat Neapel verlassen, um sich nach Rom zu begeben.

#### Frankreich.

**Paris**, 8. März. (Köln. Btg.) Staatsminister Rouher bereitet eine Note für das Kabinett von Brüssel vor, in welcher das belgische Eisenbahn-Gesetz lediglich vom industriellen Gesichtspunkt aus diskutiert werden soll, und durch welche Frankreich die Bitte an Belgien richtet, es möge das fragliche Eisenbahn-Gesetz nicht auf den Vertrag zwischen dem Grand Luxemburg und der französischen Ostbahn angewandt werden. Die direkte Einmischung der französischen Staatsregierung reicht hin, um der Angelegenheit einen politischen Charakter zu verleihen. Belgiens Regierung würde durch Nachgiebigkeit ihrem Ansehen im eigenen Lande schaden, und doch ist es schwer abzusehen, wie sie dem Druck des mächtigen Nachbarn widerstehen soll. Hr. v. Lagueronniere ist heute von Hrn. Rouher empfangen worden und hat sich längere Zeit mit ihm unterhalten. — Man spricht von einem neuen Senats-schick. — Hr. Emil Dillivier hat seit dem Erscheinen seines Buches abermals einen Brief des Kaisers bekommen, worin dieser ihm die Versicherung erteilt, daß seine Gesinnungen gegen ihn noch immer unverändert seien.

\* **Paris**, 9. März. Baron v. Beyens ist heute nach Paris zurückgekommen. „Dieser Diplomat — sagt die „Patrie“ — der hier großes Ansehen genießt, hatte sich nach Brüssel begeben, angeblich um seine Regierung über die wirkliche Sachlage zu unterrichten und um ihr von den Ein-drücken Rechnung abzulegen, die er im Stande war, in der politischen Welt zu sammeln bezüglich der Uebelstände, welche aus der Linie des Verfahrens hervorgehen könnten, in welcher das belgische Kabinett scheint beharren zu wollen.“

Das „Journ. de Paris“ erfährt aus guter Quelle, daß der Minister des Innern an die Präfekten ein vertrauliches Rundschreiben erlassen hat, worin er sie auffordert, schleunigst einen Bericht über die Lage der Provinzialpresse einzusenden. Die Präfekten sollen die Zahl der in ihrem Departement veröffentlichten Blätter angeben und außerdem die finanzielle Lage, den Einfluß, den sie auf die öffentliche Meinung ausüben, und die Unterstützung, die die Regierung von ihnen erwarten kann, zur Kenntnis des Ministers bringen.

Gestern Mittag 1/2 Uhr ist der berühmte Tomseker Sektör Verlioz gestorben. Seit Sonntag Nachmittag hatte er das Bewußtsein verloren. Ein Sohn, Fregattens-kapitän, war ihm voriges Jahr im Tod vorangegangen. Der tiefe Kummer hierüber verließ den Tonmeister bis zum letzten Augenblick nicht. — Rente 71, Cred. mob. 285, ital. Anl. 55.85.

#### Spanien.

\* **Madrid**, 6. März. Die „Correspondencia“ berichtet aus Sevilla, daß in diesem Jahr die feierlichen Prozessionen der Osterwoche nicht stattfinden werden. Diese öffentlichen Prozessionen pflegten alljährlich viele Fremde anzuziehen.

\* **Madrid**, 9. März. Die „Madr. Btg.“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Hrn. Sagasta, welches das Auftreten des Typhus in den Provinzen Burgos, Saragossa, Madrid, Palencia, Zamora und Salamanca konstatiert. Das Rundschreiben verordnet die Vermehrung des Personals der Gesundheitsämter, die Bildung von Gesundheitsräthen und die Ergreifung aller Gesundheitsmaßregeln, die geeignet sein könnten, die Entwicklung der Epidemie aufzuhalten.

#### Portugal.

\* **Lissabon**, 9. März. Es geht des Gerücht, es sei eine Ministerkrisis ausgebrochen, weil der König sich geweigert habe, das neue Wahlgesetz zu unterzeichnen, ohne den Staatsrath darüber angehört zu haben.

#### Belgien.

**Brüssel**, 8. März. Der Senat hat sich heute versammelt und war fast ganz vollzählig; die Mitglieder, deren Abwesenheit in der Sitzung vom 24. v. M. so folgenschwer geworden, waren diesmal sogar vor Eröffnung der Sitzung auf ihren Plätzen. Die Versammlung hat das neue Budget der Justiz an die Justizkommission verwiesen; ebenso das vor einigen Tagen von der Repräsentantenkammer angenommene Gesetz zur Aufhebung der Schuldbast. Ein Antrag des Hrn. Jorgneur, daß die Kommission das Justizbudget sofort in Untersuchung nehmen und es möglich machen möge, die Berathung darüber schon morgen zu beginnen, fand keinen Widerspruch; die Führer der Rechten, die Hrn. Malon, Birmez und d'Anethan, erklärten ausdrücklich, sie hätten nichts dagegen. Da im Senat nicht, wie die liberale Presse es

wollte, gegen die Wiedereinbringung des Budgets protestirt worden ist, so muß man annehmen, daß der Senat das Verfahren der Regierung in dieser Angelegenheit als richtig anerkannt hat.

#### Großbritannien.

\* **London**, 8. März. Unterhaus. Hr. Ottway, welcher Hrn. Bentinck antwortet, sagt, daß beim Gerichtshof von Cadix bezüglich der Tornado-Angelegenheit Appell eingelegt worden ist, daß jedoch in Folge des Standes der Angelegenheiten in Spanien dieser Appell nicht gehört worden war. In Folge dessen hatte der englische Gesandte die Instruktion erhalten, diese Angelegenheit vor ein besonderes Tribunal zu bringen. Hr. Ottway sagt auch, daß Geschwader von Westindien habe Befehl erhalten, die Engländer und die Fremden auf Haiti zu beschützen. — Das Oberhaus wird sich für die Osterferien vom 19. März bis zum 6. April vertagen.

\* **London**, 8. März, Abends. Unterhaus. Hr. Childers legt das Marinebudget vor, welches eine Verminderung von 100,000 Pf. St. gegen dasjenige vom vorigen Jahr darbietet. Er kündigt an, daß die Regierung ein mobiles Geschwader bilden und drei Thürmschiffe (vaisseaux-tourelles) bauen lasse, welche die stärksten in der ganzen Welt sein werden. Das Marinebudget wird angenommen.

#### Amerika.

\* **Washington**, 8. März. General Grant hat beim Kongress darum nachgesucht, das alte Gesetz aufzuheben, welches den Mitgliedern des Ministeriums verbietet, an Handelsgeschäften Theil zu nehmen, und welches so den Finanzminister für unfähig erklärt. Hr. Sumner widerlegte sich diesem Vorschlag.

**Washington**, 8. März. Der Finanzminister Alex. Stewart hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

\* Zur Charakteristik des neuen amerikanischen Kabinetts. Die Ministerliste des neuen Präsidenten der Union bietet für die äußersten Flügel der großen Parteien, sowie für das weite Publikum fast eben so viel Ueberraschungen als Namen. Die Demokraten erwarten General McClellan und Hrn. Adams im Kabinett zu sehen, während die Radikalen Charles Sumner und Stanton zuversichtlich als Kandidaten für vakante Portefeuilles bezeichnen. Statt dessen ist das fertige Kabinett zusammengesetzt aus verhältniß-mäßig jungen und im Ganzen wenig bekannten Persönlichkeiten, die in politischen Kreisen als entschiedene Anhänger der Rekonstruktionspolitik gelten, aber sich von allen extremen Schritten ferngehalten haben.

Der am meisten Genannte unter den Ministern ist der Staatssekretär Hr. Elihu B. Washburne. Er stammt aus dem Staat Maine, steht im 53. Jahre seines Alters und hat ebenso wie seine beiden Brüder im Repräsentantenhaus gute Dienste geleistet. Seine akademische Bildung erhielt er auf der Harvard-Universität, wo er Rechtswissenschaft studierte. Als Advokat in Illinois praktisch thätig, wurde er 1853 für diesen Staat in das Repräsentantenhaus gewählt und war fast diese ganze Zeit über Präsident des Handelsausschusses. Im 38. Kongress erhielt er als das Mitglied, welches ununterbrochen dem Haus die längste Zeit angehört, den Ehrentitel „Vater des Hauses“. Washburne ist ein alter intimer Freund Grants, ein bekannter Gegner der Sklaverei, und eine bei den Radikalen sehr beliebte Persönlichkeit. Neben seiner Befähigung zu den Geschäften ist auch seine kräftige einfache Bered-samkeit hervorzuheben.

Der Finanzminister Stewart hat bisher seinen Ruf weniger in der politischen als in der Geschäftswelt gesucht und gefunden und ist weit und breit als der große New-Yorker Importeur von Manufakturwaren bekannt. In New-York selber gab man in den letzten Jahren sein jährliches Einkommen auf die fabelhafte Summe von 40 Mill. Doll. an. Strenge Redlichkeit und Begabung für die Finanzen werden ihm nachgerühmt und für die Geldzahlung der 5-20 Bonds, sowie für den Freihandel dürfte diese Ernennung deshalb von Wichtigkeit sein, weil Stewart in amerikanischen Staatspapieren seit langer Zeit selbst bedeutende Geschäfte gemacht und andererseits aus seinen eigenen Erfahrungen als Importeur die Ueberzeugung von der Nützlichkeit des Freihandels gewonnen haben soll. Während des Bürgerkrieges zeigten ihm seine Feinde in den Südstaaten an, daß sie ihm seine Schuldsforderungen nicht bezahlen würden, falls er fortfähre, der Unionsregierung Gelder vorzutreten; er ließ sich indessen durch diese Erklärung nicht einschüchtern, sondern erwiderte, Alles, was er besitze, danke er den freien Staatseinrichtungen der Verein. Staaten und er werde gern Alles dem Lande opfern, an das er durch die stärksten Bande der Anhänglichkeit und Pflicht gefesselt sei. Das Wort ist dem großen Kaufherrn nicht vergessen worden und seine Popularität war seitdem besonders bedeutend.

General J. D. Cox ist ein wirklicher homo novus, der erst in neuerer Zeit durch seine Wahl zum Gouverneur von Ohio ins öffentliche Leben eintrat. Während des Krieges kommandierte er ein Regiment aus Ohio und später ein Armeekorps in Virginia. Hauptsächlich durch seine Unterstützung gelang es dem jetzigen Kriegsminister-General Schofield Wilmington in Nord-Carolina zu nehmen. Cox ist seiner politischen Parteilichung nach Radikaler, und man erwartet von ihm eine großmüthige Politik den Indianern gegenüber.

Hr. Borie, der Marineminister, ist noch weniger bekannt, als der vorhergehende. Das Einzige, was von ihm vorherhand zu sagen ist, daß in Philadelphia ein bedeutendes Haus seinen Namen führt, daß er von französischer Abkunft ist, und daß er an politischen Handeln nie thätigen Antheil genommen. Der Generalpostmeister John R. Creswell ist einer der jüngsten und vielversprechendsten Politiker, die Maryland aufzuweisen hat. Obgleich dieser Staat und die Familie des jetzigen Ministers stets stark zur Seite der Sklavhalter überhing, schlug er selbst die entgegengesetzte Richtung ein, gelangte 1863 in das Repräsentantenhaus, und war mit Washburne beim Handelsausschuß. Als im Jahr 1865 Se-

nator Hicks mit Tod abging, trat Creswell an seine Stelle und erwarb sich bald den Ruf als einer der besten Redner dieser Versammlung. Auch er gehört zu den Radikalen und gehörte ursprünglich dem Advokatenstande an.

Zu Betreff des Attorney-General liegt eine doppelte Les-art vor. Der Korrespondent der „Times“ spricht von Hrn. George Hoar, während ein anderes Telegramm den älteren Bruder Rockwood Hoar, Richter in Massachusetts, bezeichnet. Beide Brüder sind Söhne der Harvard-Universität, und der jüngere Bruder ist vielleicht etwas mehr radikal in seinen politischen Grundfassen, als der ältere. Die Beibehaltung Schofield's als Kriegsminister, und die Ernennungen Sherman's und Sheridan's zu den höchsten Kommandos der Armee legen Zeugniß davon ab, daß der Präsident entschlossen ist, die Politik aus den militärischen Dienstzweigen fernzuhalten und im Süden energisch die Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen.

Neben der Thatsache, daß noch kein Präsident so wenig Rücksicht auf frühere Minister genommen und so viel neue Kräfte in sein Kabinett gezogen, ist es namentlich auch bemerkenswerth, daß kein graues Haupt in demselben sitzt und das Durchschnittsalter der Minister unter 50 Jahren ist.

\* Vom Kriegsschauplatz in Paraguay. Die per „La Plata“ gekommenen Zeitungen und Briefe beweisen, daß die brasilianischen Angaben von der angeblich vollständigen Beendigung des Krieges doch gar zu viel behauptet hatten. Die „Anglo-Brasilian Times“ meldet, daß eine Abtheilung Panzerschiffe, die von Anuncion am 5. Jan. ausgelaufen waren, um 6 paraguayische Dampfer zu jagen, unverrichteter Sache zurückkommen mußten, da die Fahrt stromaufwärts ihnen durch ein versenktes feindliches Schiff gehindert wurde; und ferner, daß Lopez mit 8000 Mann seine neue Stellung bei Pirabiti in den Bergen besetzte und fleißig rekrutirte. Einem Privatbrief aus Anuncion zufolge fehlt es Lopez an Gewehren und Munition. Mit Ausnahme weniger Engländer soll er keine Ausländer mehr bei sich haben, und ein preussischer Offizier, Major v. Versen, nebst einem andern Deutschen, Hrn. Treusfeld, bisher Direktor der Landestelegraphen, sollen sich aus dem Staub gemacht haben. Von fremden Diplomaten befindet sich, wie verlautet, nur noch der amerikanische Gesandte im Lopez'schen Lager, doch wird in dem Brief, dem wir diese Nachrichten entnehmen, ausdrücklich bemerkt, daß sie alleamt nicht als verdrängt betrachtet werden dürfen.

#### Vermischte Nachrichten.

**Fürth**, 8. März. (Münch. Korresp.) Heute Abend fand dahier eine von den Laßalle'schen Reizepredigern v. Bornhorst u. Konf. einberufene, sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlung statt. Die Lokalitäten des Hotels Rüt waren in einer wahrhaft merkwürdigen Weise erfüllt. Ein Fürther Arbeiter eröffnete die Versammlung, und sofort begann in der Wahl eines Vorsitzenden der Kampf um Prinzipien. Von demokratischer Seite wurde Bortenmacher Löwenstein von Fürth vorgeschlagen, von Seite der Nationalliberalen Buchdruckereibesitzer Schröder. Die Ersteren (Demokraten, Arbeitervereine) zuktun in Fürth, Arbeiter-Bildungsverein von Nürnberg u. A., die anwesend waren) suchten Löwenstein durchzusetzen, womit die Lösung gegeben war, den Laßalle'schen Aposteln entschieden gegenüber zu treten und ihre Lehren zu verwerfen. Wie die Nationalliberalen sich verhalten wollten, blieb unentschieden; Thatsache ist, daß die sämmtlichen anwesenden Laßalleaner sich aufs äußerste bemühten, Hrn. Schröder den Vorzug zu verschaffen. Als Dies nicht gelang, suchte, noch während der sämmtlichen Debatte, ein Genosse der Laßalleaner, ein Arbeiter aus Augsburg, sich des Vorzuges zu bemächtigen, was einen animirten Protest eines großen Theils der Anwesenden — ohne Unterschied der Parteifarbe — veranlaßte, was allmählig aber in einen allgemeinen Skandal überging, der mit den Rufen gegen die Laßalleaner „naus, raus“ endigte und schließlich dieselben zwang, sich unter — übrigens kaum nöthig gewesen — Begleitung einer Anzahl von Polizeisoldaten aus dem Lokal zu entfernen. Die Stimmung und Haltung der Versammlung war nun aber fortgesetzt eine so erregte und laute, daß der anwesende Polizeikommissar, als er sah, daß eine Einigung über einen die Verhandlung leitenden Präsidenten kein Resultat erhoffen ließ, nach kurzer Zeit es für gerathen hielt, die Versammlung aufzulösen. Sie ging darauf hin nach etwa halbstündigem fruchtlosem Streiten ruhig auseinander.

— **Frankfurt a. M.**, 9. März. Auf die heute hier bei den Bankhäusern A. Siebert und Gebrüder Sulzbach zur Subskription aufgelegten garantirten hypoth. Obligationen der Moskau-Smo-lenst.-Bahn liefen so zahlreiche Anmeldungen ein, daß der Betrag als reichlich gedeckt erscheint.

— Als Ort für die Generalversammlung des „Deutschen Tabaksvereins“, welcher sich mit Maßregeln gegen eine Erhöhung der Steuer beschäftigen soll, ist Kassel in Aussicht genommen.

— **Leipzig**, 7. März. Heute starb hier der frühere Parlaments-abgeordnete und hervorragende Landtags-Abgeordnete Dr. Hermann Joseph, welcher zugleich als langjähriger Vorsteher der Stadt-verordneten eine einflussreiche Stellung einnahm.

— **Dresden**, 7. März. (Fr. Z.) Der Ausschuß der Volkspartei in Sachsen hatte für gestern Abend eine Landesversammlung der Vertrauensmänner nach Hohenstein-Ernstthal einberufen und als Tagesordnung die Gewerkschaftsfrage und die Organisation der Partei festgesetzt. Für heute war ebenfalls, wesentlich auf Anregung der Volkspartei, ein allgemein sächsischer Arbeiterkongress anberaumt worden, zu welchem auch die Laßalleaner der Schweizergasse und der Meißner Richtung ihre Abgeordneten zu schicken versprochen hatten. Um nun einem zu großen Andrang und etwaiger Störung zu entgehen, hatte der Ausschuß der Volkspartei den Ausschluß der Delegationen seiner Verhandlungen verfügt, dadurch aber den Zutritt vieler Arbeiter, welche sich für die Gewerkschaftsfrage interessirten, ausgeschlossen. Die schon zahlreich eingetroffenen fremden Arbeiter vermischten sich mit denen des Ortes und suchten vereint den Eintritt zu erzwingen, wobei es zum Handgemein kam und das Versammlungslokal, das Weber-Meisterhaus, endlich erklärt wurde. Der Bürgermeister von Hohenstein schloß hierauf eilig die Versammlung, wurde aber nun selbst mißhandelt und darauf genöthigt, um seine Autorität zu verpfänden, die Feuer-wehr des Ortes zu alarmiren. Diese Säuberung mit vieler Mühe Haus



und Strafe von den Streitenden, und hierbei geschah es, daß ein eifriges Mitglied der Volkspartei, der Vorstand des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, Schuhmacher Bahlreich, verhaftet wurde. Die Abhaltung des sächsischen Arbeiterkongresses, auf welchem über das allgemeine Wahlrecht in Bezug auf die sächsischen Landtags-Wahlen und über das Vereins- und Versammlungsgesetz verhandelt werden sollte, unterblieb in Folge dieser Vorgänge.

Dem Komponisten Abbé Liszt ist die Direktion des Konservatoriums in Leipzig angetragen worden. Der Maestro, heißt es, sei nicht abgeneigt, darauf einzugehen, sobald das Konservatorium von Leipzig nach Weimar verlegt werde (4), wo er von neuem seinen Wohnsitz zu nehmen gedenke. Den Sommer über will Liszt wieder in Rom verweilen.

Präsident Simon, der sich wegen seiner Beförderung einer Neuwahl hatte unterwerfen müssen, erhielt bei der Reichstags-Wahl am 5. d. in Frankfurt a. O. von 2859 Stimmen 2707. Auch im Landkreis ist ihm eine große Mehrheit gesichert.

Inserburg, 8. März. Bei der im Wahlbezirk Gumbinnen-Inserburg stattgehabten Nachwahl eines Abgeordneten zum Landtag wurde Rittergutsbesitzer v. Sauer-Dolopfen mit 203 Stimmen gegen Landrath Dobbert gewählet, welcher 161 Stimmen erhielt. Ferner wurde gewählet der Kandidat der liberalen Partei, Kästner-Busporn, mit 204 Stimmen gegen Bymter, welcher 149 Stimmen erhielt.

Inserburg, 9. März. Nachdem der Handelsminister die Ausführung der Erdarbeiten für das zweite Geleise der Bahnstraße Inserburg-Gydluhne genehmigt hat, ist die Errichtung von Arbeitsstellen nach Vollendung des Kohlenanschlages, sobald die Witterung es erlaubt, bevorstehend.

Wir haben gestern das Urtheil des in Montauban spielenden Prozesses Delpesch mitgetheilt. Es handelte sich um das verurtheilte Kind, verheißt Kinder, „selig zu machen.“ Die „Dressen“, wie die Montaubaner die Hauptangeflagte, Jeanne Delpesch, nennen, hat in ihrem Hause ein wahres Versteck von Kindern, die sie für geringere oder größere Geldsummen oder Vortheile unterbrachte, erachtet. Eichen Sektete sind wieder zusammengesetzt worden; es wurden aber weit mehr geopfert. Außer der Dresse sind die Hauptangeflagten: ihre Tochter und Schwöster und die Hebamme Coyne. Die Delpesch ist so rüchlos, daß sie auf die Frage des Präsidenten, ob sie Kinderleiden außerhalb des Hauses untergebracht habe, antwortete: „Niemals; wenn ein Kind über die Schwelle meines Hauses gekommen, kam es niemals wieder hinaus (Jamais).“ Die Kinder wurden der Dresse von den Müttern unter dem Vorwand anvertraut, sie würden nach dem „Etabliement von Nazareth bei Bordeaux“ gebracht.

London, 8. März. Die Fabrication des französisch-italianischen Kabels schreitet günstig fort; 1700 Meilen des Hauptkabels und 450 Meilen des Seichtwasser-Kabels sind fertiggestellt, und 900 Meilen haben bereits auf dem „Great Eastern“ Unterkunft gefunden. — Die Linie Malta-Sizilien, eines der bedeutendsten Verbindungsglieder zwischen hier und dem Osten, soll verdoppelt werden; die Kosten sind auf 11,000 Pf. St. berechnet.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 10. März. Die gestrige Generalversammlung des hiesigen Lebensbedürfnis-Vereins hat die Aufnahme der solidarischen Haft in die neuen Vereinsstatuten „den Bach ab geschickt“, wie die Schweizer sagen. Es erhoben sich zwar nur ein oder zwei Stimmen gegen das Prinzip einer Anwendung der solidarischen Haft auch auf die Konsumvereine, und von vielen Seiten wurde ausdrücklich anerkannt, daß ein ernstes sachliches Bedenken eigentlich nicht vorliegt, sondern nur die unter dem größten Theil der Vereinsmitglieder herrschende Voreingenommenheit gegen die Solidarhaft es sei, welche Berücksichtigung verlange; es sei zu bezagen, daß sonst viele Mitglieder austräten und der Aufschwung des Vereins überhaupt ins Stocken gerathe. Deshalb und weil man ja doch die Form noch nicht kenne, in welcher das zu erwartende bürgerliche Gewissenhaftigkeit die Aufnahme der Solidarhaft in die Statuten erforderlich machen würde, wurde von einer Anzahl von Rednern beantragt, bis dahin, wo dieses Gesetz erlassen sei, die Sache ruhen zu lassen; die Kammerverhandlungen über dasselbe würden, wie von einer Seite mit Recht hervorgehoben wurde, mehr Klarheit in die Sache bringen und manche Vorurtheile zerstreuen. Auch gegen die formelle Fassung, in welcher der Grundsatz solidarischer Haft in dem Entwurf erschien, wurden Bedenken erhoben. Kurz, die Abstimmung ergab für den Antrag, den betr. Passus (§ 3a) vorerst zu streichen, eine ungeheure Mehrheit. Es wurde nunmehr der Versuch gemacht, in Betrachung der übrigen Paragraphen fortzufahren, nachdem darauf aufmerksam gemacht worden war, daß schon der Vereinsladen über die zeitigen Statuten hinausgehe und eine Revision derselben daher auf alle Fälle unvermeidlich sei, auch einige andere in dem neuen Entwurf getroffene Veränderungen (so die Bestimmungen über Erwerbung von mindestens 1 und höchstens 10 Antheilscheinen) von höchster Wichtigkeit seien. Da sich aber bald herausstellte, daß auch hier mancherlei Differenzen über Fassung und Inhalt der einzelnen Sätze vorhanden seien, so wurde beschlossen, den Entwurf an den Verwaltungsrath zurückzuweisen; wer Abänderungsvorschläge zu machen hat, sollte diese dem Verwaltungsrath schriftlich überreichen, und es könne derselbe dann, etwa unter Zuzug des Dissidenten, über die Sache nochmals berathen. Einer spätern Generalversammlung bleibe dann die Beschlussfassung vorbehalten. — Die Verhandlungen, denen ein etwas zahlreicherer Publikums als gewöhnlich, jedoch immer noch ein im Vergleich zur Mitgliederzahl unverhältnismäßig geringes bewohnte, wohnten von 7—9½ Uhr.

Karlsruhe, 10. März. Aus Pforzheim vernahmen wir eine graufige Geschichte von einem Flaschnergeseßen Wilhelm Gulek und von Heimheim, Königreich Württemberg, welcher seine Geliebte Karoline Weh von Wurmberg, ein in Pforzheim dienendes Mädchen, durch einen Messerstoß in den Hals getödtet hat. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 8./9. d. M. in dem Schlafzimmer der Weh, zu welcher Gulek am Abend vorher in betrunkenem Zustand gekommen sein und bei ihr übernachtet haben soll. Am Morgen des 9. März stellte sich Gulek auf dem Polizeibureau unter der Selbstanklage, daß er ein schweres Verbrechen begangen habe, was sich denn durch Auffinden der Leiche sofort bestätigte. Die eingeleitete Untersuchung wird das Motiv der That feststellen; zur Zeit vernehmen wir, daß Gulek mit seiner Geliebten in Streitigkeiten gerathen sein soll, welche bis zur erwähnten blutigen That geblieben.

Pforzheim, 9. März. Auf gestern Abend hatte eine Anzahl Mitglieder des Karlsruher Hofopernpersonals hier ein Vokal- und Instrumentalkonzert veranstaltet, das sehr zahlreich besucht war. Da aber mehrere der angezeigten Künstler und Künstlerinnen durch ihre Abwesenheit glänzten und ihre Stellvertreter bezüglich ihrer Leistungen Vieles zu wünschen übrig ließen, so ist man hier über die Veranstaltung ziemlich unangenehm. Die Konsequenzen können für allenthalben spätere Unternehmungen recht unangenehm werden.

Pforzheim, 9. März. Zur Ergänzung einer auch in Ihr Blatt übergegangenen Mittheilung über den von Seite der hiesigen Goldarbeiter beabsichtigten „Gewerkeverein“ bemerke ich, daß die, die Sache einleitende, am vorigen Montag stattgehabte Versammlung, welche von etwa 2000 Personen, darunter auch viele Fabrikanten, besucht war, den Zweck nicht verfehlte. Veranlaßt von Arbeitern und geleitet und geführt von solchen, zeigten die bezüglichen Verhandlungen, daß es den hiesigen Arbeitern neben dem richtigen Verständnis dessen, was zur Befreiung der Lage der Arbeiterbedürfnis zu thun ist, und gethan werden kann, an der nöthigen Mäßigung nicht fehle, welche erforderlich ist, um in der That dauernde bessere Zustände zu erringen. Nicht minder auch bewies die klare, gewandte und ruhige Darlegung der allgemein-sozialen Verhältnisse, sowie des Weges, wie letztere bezüglich der Arbeiter verbessert werden könne, ohne gerade feindselig gegen die bestehenden Klassen aufzutreten, eine Reife im Urtheil und eine Sicherheit in der parlamentarischen Behandlung, welche auch bei Nichtbetheiligten einen tiefen Eindruck zurückließen und die wohlthätige Wirkung des Arbeiterbildungsvereins aufs neue darlegten. Den von dem Leiter der Versammlung, Goldarbeiter Wittum, in einem längern Vortrag gemachten Ausführungen mußten auch die anwesenden Fabrikanten beistimmen, in deren Namen Hr. Fabrikant M. H. r. e. d. das Wort ergriffen hatte und die volle Berechtigung der Arbeiter auszusprechen, in der angezeigten Weise ihre Lage zu verbessern; kein wohlthätiger Fabrikant werde dem entgegengetreten, sondern vielmehr auch von seiner Seite die Sache die verdiente Unterstützung angezeihen lassen. Schließlich bemerke letzterer Redner, daß früher schon einmal die Fabrikanten mit dem Gewerke umgegangen seien, ähnliche, das Wohl der Arbeiter bezweckende Institute zu schaffen. Wir vernahmen, daß der zu gründenden Genossenschaft bereits 1500 hier sesshafte Mitglieder beigetreten sind. Auch die in den umliegenden Ortschaften wohnenden Goldarbeiter werden sich größtentheils anschließen. So haben z. B. die Brödingen Goldarbeiter, deren Anzahl ziemlich groß ist, in einer am letzten Samstag stattgehabten Versammlung ihren Beitritt beschloßen.

Heidelberg, 6. März. (N. B. L.) Abermals ist hier eine förmliche Hundepolizei in der Weise angeordnet, daß sämtliche Hunde binnen 8 Wochen nur mit gutem Maulkorb auf die Straße gelassen und in öffentliche Lokale überhaupt mitgenommen werden dürfen.

Kehl, 6. März. (B. L.) In der vergangenen Nacht verunglückten drei Männer, verschiedene Waaren, als Cigarren, Spiritus &c., eine Stunde oberhalb der Rheinbrücke von hier nach Frankreich hinüber zu schiffen. Der kleine Raubin, ein jög. Weibling, war schon nahe am französischen Ufer, als er an einem unter dem Wasser befindlichen Baumstamm umschlug und die drei Männer sammt den Waaren in den Fluß gestürzt wurden. Einer der Männer, ein Franzose, hat sich glücklich gerettet. Der andere, ein armer Familienvater von 7 Kindern aus Dorf Kehl, wurde von dem Strom fortgerissen und ist spurlos verschwunden; der dritte, der noch so glücklich war, sich an dem Raubin festzuhalten, wurde heute früh gegen 2—3 Uhr auf sein klagliches Jammern von Soldaten an dem in der Nähe befindlichen Wachposten halb erstarrt herangezogen.

Kehl, 9. März. (Sch. M.) Heute Morgen zwischen 6 und 7 Uhr brach, wie man sagt, durch Gas veranlaßt, in der rue des halles bades in Straßburg in einem dreistöckigen Hause Feuer aus, das bald kolossale Dimensionen annahm und noch zwei benachbarte Häuser ergriff. Erstere ist ganz niedergebrannt, die andern nur angebrannt, aber sehr stark beschädigt. Leiber sind auch hierbei wieder 3 Personen verunglückt, wovon eine durch Brechen des Genicks sofort todt blieb, die andern aber schwer verletzt sind. So trefflich das Pompierskorps in Straßburg auch organisiert ist und durch geschicktes Manöuvriren den jeweiligen Brand meistens auf seinen Heerd beschränkt, fehlt es dort an Rettungsrequisiten, wie z. B. Rettungstische u. A. m. Vielleicht gibt dies Vorkommniß Veranlassung, das Fehlende anzuschaffen.

Aus dem Kreis Lörrach, 9. März. Die Baumwollensfabrikation ist in unserem Kreis die Königin der Industrie und die Basis des großen Handels geworden; insbesondere hat die Baumwollens-Waare alle Manufakturarten überflügelt. Der sehr beträchtliche Güterverkehr auf der Birsenthalbahn ist der sprechendste Beweis ihrer Mäthe. Das Abgabegebiet derselben erstreckt sich hauptsächlich auf den Zollverein, und zwar die Rheinpfalz, Preußen und Sachsen. Der Export der Firma Köhlin, Baumgartner & Cie. in Lörrach geht dagegen weit über die Grenzen des Zollvereins hinaus.

Während im vorigen Monat das Minimum des Luftdrucks im Norden lag — Christophiansund mit 725 MM. —, das Maximum aber im Süden — Madrid mit 781 MM. —, scheint jetzt ein umgekehrtes Verhältniß einzutreten. Das Barometer zeigte vorgestern in Rom 764, in Studenae 777 MM.; am Oberrhein haben Barometer und Thermometer zur Zeit tiefere Werthe, als im vergangenen Monat. Die vorherrschende Windrichtung kommt aus Nordost, und wir gehen ohne Zweifel kälteren Tagen entgegen.

Ueberlingen, 2. März. (B. L.) Unsere Gemeindebehörde beabsichtigt, die hiesige höhere Bürgerschule derart umzugestalten, daß sie einem Realgymnasium mit den fünf unteren Klassen entspricht. Der Gemeinderath und engerer Bürgerausschuß haben die erforderlichen Mehrkosten einstimmig bewilligt und die Lehrkonferenz der höheren Bürgerschule hat ihr Einverständnis mit dem Plan, der nur noch der Genehmigung der Oberbehörde harret, ausgesprochen. — Mit Beginn dieses Jahres ist die schon längst beabsichtigte höhere Lehrerschule durch Anstellung einer geprüften Lehrerin in unserer Stadt in's Leben getreten. Diese Anstalt zählt bereits über 20 Schülerinnen von 12—14 Jahren; die Theilnahme ist freiwillig; die Unterrichtsgegenstände sind außer den Lehrbüchern der Volksschule mit erweiterter Behandlung noch insbesondere Französisch und später Englisch. Außer der neuangestellten Lehrerin ertheilen in einzelnen Gegenständen noch Lehrer der hiesigen Volksschule Unterricht an dieser Lehrerschule, mit deren Errichtung einem längst gefühlten Bedürfnis abgeholfen ist.

### Den ersten Karlsruher Bürgerabend betr.

Da ich weiß, daß eine völlig und in allen Stücken fruchtlos ge-

naue Berichterstattung über eine Versammlung wie die vorgestrigte eine sehr schwierige und oft gar wenig lohnende Arbeit ist, setze ich davon ab, auf einige unwesentliche Unrichtigkeiten in der Wiedergabe meiner Ausführungen, die mir in dem Bericht der heutigen Nummer aufgefallen sind, aufmerksam zu machen. Allein dringende Gründe nöthigen mich, das Eine ausdrücklich zu bemerken, daß ich nicht, wie in jenem Bericht angeführt, behauptet habe, „die Wissenschaft sei längst darüber einig, daß die weitaus empfindenswertheste Steuer, ja diejenige, welche allein sichhaltig sei und alle Vortheile in sich vereinige, die allgemeine, direkte und progressive Einkommensteuer“ sei. Ich habe vielmehr eine Reihe von andern Steuern den Vorzug von mir entwickelten sogenannten allgemeinen Besteuerungsgrundsätzen gegenüber gehalten, und darzuthun versucht, daß sie diesen Grundsätzen nicht Genüge leisten. Daran habe ich mich dahin ausgesprochen, daß nach meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung die allgemeine direkte Einkommensteuer mit progressiver Veranlagung jenen Grundsätzen allein entspreche.

So wenig bin ich aber der Ansicht (welche auszupprechen ich mich auch wohl gehüht habe), daß für „die Wissenschaft“, also für die Finanztheorie, eine völlig ausgemachte Sache sei, was ich lediglich als meine Ueberzeugung hingestellt habe, daß ich sehr verwundert war, in der nachfolgenden Debatte keinen der Vorwürfe, die man immer wieder und zwar von Seiten der meisten und namhaftesten Finanztheoretiker gegen jene Steuer erhoben hört, zu vernennen. Wäre, wie ich vergeblich erwartete, einem dieser Vorwürfe Ausdruck gegeben worden, so hätte ich Veranlassung gehabt, mich näher über den fraglichen Gegenstand auszusprechen, den ich in dem einleitenden Vortrag nur ganz oberflächlich zu berühren gezwungen war. Ich weiß sehr wohl, und es ist meine Pflicht, es zu wissen, daß es in der ganzen Finanztheorie keine mehr bestrittene Frage gibt, als die über den Werth und Unwerth einer einzigen Steuer, und nun gar der allgemeinen direkten Einkommensteuer, und nun vollends dieser Steuer mit progressiver Veranlagung. Es war mir sehr angenehm, vorsehern die Ueberzeugung zu gewinnen, daß der größte Theil der Redner in jenem Streite auf der Seite sich befindet, auf der auch ich seit Jahren stehe. Das viel häufigere Schicksal eines Vertreters dieser Besteuerungsart ist das, daß er einer großen Zahl von Gegnern allein gegenübersteht. Aber ich beklage es doch, daß man gerade auf diesen wichtigen Gegenstand nicht näher eingegangen, zumal er einen wesentlichen Punkt in dem von Vertretern badischer Gemeindeverwaltungen aufgestellten und neulich an dieser Stelle besprochenen Programm bildet.

Karlsruhe, 10. März 1869. A. Emminghaus.

Karlsruhe, 9. März. (Schwurgericht.) Anklage gegen Franz Josef Rauch, Maurer von Dornheim, und dessen Ehefrau Maria Anna, geb. Haub, von Osterheim, wegen Meineids. Staatsanwalt Dr. Koff, Verteidiger Hr. Anwalt Etlinger. Die beiden Angeklagten standen längere Zeit in vertraulichem Verhältnisse, hatten zwei Kinder und beabsichtigten im Spätjahr 1860 sich zu verheirathen. Um den nach damaliger Gesetzgebung wegen der bürgerlichen Annahme erforderlichen Vermögensnachweis liefern zu können, wandten sie sich mit der Bitte um ein nach 6 Wochen zurückzahlendes Darlehen von 150 fl. an eine Tante der Braut, Katharina Rey Wittwe in Brühl; diese zahlte einige Tage nach dem gestellten Ansuchen das Geld an die Maria Anna Rauch aus, welche dasselbe ihrem Bräutigam brachte, worauf die Ehe geschlossen wurde. Sechs Wochen später leistete Maria Anna Rauch durch Vermittlung ihrer Mutter eine Abschlagszahlung von 50 fl., und ließ auch 2 Jahre später der Wittwe Rey einen allerdings nicht sehr korrekt gestellten Schuldschein über 100 fl. zustellen. Weitere Zahlung erfolgte jedoch nicht, und so sah sich die Wittwe Rey genöthigt, bei Großh. Amtsgericht Bruchsal Klage gegen die Rauch'schen Eheleute zu erheben. Das Amtsgericht erkannte auf folgenden Eid: „Es ist nicht wahr, daß wir bei unserer Verheirathung von der Katharina Rey Wittwe in Brühl ein Darlehen von 100 fl. erhalten haben.“ Leisten die Beklagten diesen Eid, so sollte die Klägerin abgewiesen werden; verweigerten sie denselben, so sollten sie zur Zahlung von 100 fl. nebst Zinsen verurtheilt werden. Der Eid wurde von beiden Beklagten in geselliger Form geleistet; die heutige Verhandlung hat aber den Beweis erbracht, daß dies wissenschaftlich falsch gesehen ist. Es wurde der Hergang bei der Auszahlung des Darlehens in seinen Einzelheiten, und nachherige außergerichtliche Erklärungen der angeklagten Ehefrau, welche diesen Beweis unterstützen, bewiesen. Die Angeklagten behaupteten, das Geld von der Mutter der Anna Maria Rauch erhalten zu haben; allein diese Frau, welche selbst der Auszahlung des Geldes durch die Wittwe Rey beigegeben hatte, stellte jene Behauptung entschieden in Abrede. Die Vertheidigung bekämpfte den vorzugsweise auf theils eiblichen, theils unbeeidigten Aussagen von Familienangehörigen beruhenden Anlagebeweis, und suchte namentlich darzuthun, daß von wissenschaftlich falscher Eidesleistung nicht die Rede sein könne, zu welchem Zweck der Verlauf des Zivilprozesses, Urtheil und Eidesformel einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Die Geschworenen sprachen bezüglich beider Angeklagten das Schuldig aus, worauf jedes derselben zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren oder 2 Jahren Einzelhaft, zu einer Geldstrafe von 150 fl., sowie zur Unfähigkeit zum Eide und zum gerichtlichen Zeugniß verurtheilt wurde.

Karlsruhe, 10. März. — Ur — Rin. Rahm. Deferr. Kreditaktien 278½, Staatsbahn-Aktien 308½, National 54½, Steuerfreie 51½, 1860r Loose 81½, Deferr. Baluta 95½, 4pro. bad. Loose —, Amerikaner 86½, Gold —.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Fern. Koenlein.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

9. März	Baromet.	Thermomet.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Dim. incl.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 6,7"	- 1,7	0,84	S.O.	bn. beh.	Etwas neblig, kalt
Mitt. 2 "	27° 5,7"	+ 1,6	0,66	S.O.	" "	" "
Nacht 9 "	27° 4,9"	- 0,9	0,87	S.O.	klar	windig, kalt

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 11. März. 1. Quartal. 31. Abonnementsvorstellung. Die Entführung aus dem Serail, komische Oper in 3 Akten, von Mozart. Anfang 7½ Uhr. Ende 9 Uhr.

Freitag 12. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. Andreas Hofer, Trauerspiel in 5 Akten, von Zimmermann. Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.



# Abendunterhaltung

für das Gesamtpublikum im großen Saale des Museums zum Vortheil der hiesigen Frauenvereine Samstag den 13. März, Abends 7 Uhr.

## Zweite Vorstellung.

- I. Abtheilung. 1) Ouvertüre. 2) Drei lebende Bilder. a. Holzfaller, b. Schütter, c. Winger.
- II. Abtheilung. „Morty Schöndörfer“, Pöffe in einem Aufzuge von Moser.

Die Bauten zwischen beiden Abtheilungen werden durch Musik ausgefüllt. Das Nähere besagen die Anschlagzettel. Preise der Plätze: für numerirte Plätze im Saal 1 fl. 45 kr., für andere Plätze im Saal 1 fl. 12 kr., für Plätze auf der Gallerie 48 kr. Eintrittskarten sind in den Musikalienhandlungen von Dörr, Frey und Schuster, in den Buchhandlungen von Kreuzbauer und Ulrich, sowie Abends an der Kasse zu haben.

## Classische Romane des Auslandes in vorzüglichen Uebersetzungen.

Die neue Ausgabe der bei Carl Hoffmann in Stuttgart erschienenen **Bibliothek classischer Romane des Auslandes** (enthaltend sämtliche Romane von Boz, Bulwer, Cooper, Marriat, Walter Scott und Warren) ist so eben mit Lieferung 480 vollendet; der Verleger eröffnet darauf in gleichen Lieferungen eine neue Subscription, welche jede Buchhandlung gern befolgt. Die ganze, aus 128 starken Bänden bestehende Bibliothek kann auf einmal, oder in ganz beliebigen Zwischenräumen lieferungsweise bezogen werden; in Karlsruhe subscribirt man in der Buchhandlung von Th. Ulrich, Lammstr. 4.

## Neue Obligationen der Oestreich. einheitlichen Schuld.

Gegen sämtliche bis heute bei mir eingereichten Obligationen der älteren Oestreichischen Schuld können die neuen Rententitel bei mir in Empfang genommen werden. **Ed. Koelle.** Karlsruhe, den 8. März 1869.

## Spinnerei und Weberei Offenburg.

Montag den 10. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, findet im Gasthause zur Fortuna dahier die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre statt. Auf die Tagesordnung kommen die in § 19 der Satzungen, Absatz 1 bis 5 und 7 bezeichneten Gegenstände. Gemäß § 24 der Satzungen sind 4 Mitglieder des Aufsichtsrathes zu wählen, indem die Amtsdauer der Herren Daniel Bernoulli-Sulger, Bernhard Schable, Johann Sutter und Heinrich Thierp-Röhlin abläuft. Ueber den Nachweis der Berechtigung zur Theilnahme an der Versammlung gibt der § 15 der Satzungen die Anweisung. **Der Vorstand.** Offenburg, den 9. März 1869.

## Musikschule zu Frankfurt a. M.

Der Sommerkursus beginnt Montag den 5. April. Zur Prüfung für die Aufnahme neuer Schüler ist der 4. April, Morgens 11 Uhr, im Schulsaal, Saalbau 2. Stock, festgesetzt. Anfragen und Vorbereitungen beliebe man an den derzeitigen ersten Vorleser, Herrn G. Genzel, Gutwilligplatz 35, zu richten. Die Musikschule, seit dem Jahr 1830 gegründet, bewirkt eine möglichst vielseitige, theoretische wie praktische Ausbildung, theils für Solche, welche die Musik als Beruf, wie für Solche, welche sie als allgemeines Bildungsmittel wählen. Der Unterricht wird in nachfolgenden Fächern durch die beiderseitigen Lehrer erteilt: in Theorie (Hauff und Opper), Gesang (Opper), Klavier (Genzel, Kuh, Meyer und Wallenstein), Violine (H. Becker und Heins, Wolff), Violoncell (Val. Müller und Siedentopf), Orgel (Opper). Geschichte und wissenschaftliche Vorträge (Opper), Ensemble und Partiturspiel (Genzel). Das jährliche Honorar, in vierteljährlicher Zahlung, beträgt für den Unterricht von vier Fächern 150 fl. = 85% Thlr.; für ein Fach 90 fl. = 28 1/2 Thlr.; zwei Fächer 90 fl. = 51% Thlr.; drei Fächer 120 fl. = 68% Thlr. Plan der Schule gratis in allen Musikalienhandlungen und in der Hermann'schen Buchhandlung zu haben. **Der Vorstand.**

## GROSSE PREIS-ERMÄSSIGUNG

**LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT**  
DER LIEBIG'S FLEISCH-EXTRACT COMPAGNIE, LONDON.  
Nur köcht wenn jeder Topf mit Unterschrift der Herren Baron J. von LIEBIG und Dr. M. von PETTENKOPFER versehen.  
DETAIL-PREISE FÜR GANZ DEUTSCHLAND  
1 engl. Pfd.-Topf 1/2 engl. Pfd.-Topf 1/4 engl. Pfd.-Topf 1/8 engl. Pfd.-Topf  
à fl. 5.33. à fl. 2.54. à fl. 1.36. à fl. 54 Krz.  
Zu haben in allen Handlungen und Apotheken. **Z. v. 575.**

**An- und Verkauf von Staatspapieren, Anlehens-Loosen, Coupons, Geldforten etc.**  
**Gebrüder Madenheim, Bankgeschäft.**  
Mannheim. F. 1 Nr. 9. Marktstraße 16.

## Soiree

des einzigen deutschen Improvisators **Professors W. Herrmann**  
Donnerstag den 11. März, Abends 7 Uhr, im **Logen-Saale** (zu den vier Jahreszeiten):  
1) Improvisation eines einaktigen Drama's nach einem gegebenen geschichtl. Stoffe.  
2) Ein humoristischer Beitrag zur Charakteristik der Frauen.  
3) Improvisationen nach gegebenen Thematens aus allen Branchen des Wissens.  
Billete zu numm. Plätzen à 48 kr., zu nicht numm. à 30 kr. sind vorher in der Musikalienhandlung der Herren Schuster, Dörrh u. Frey u. zu resp. 1 fl. u. 48 kr. Abends an der Kasse zu haben.

Z. v. 762. Dans un intérieur simple et de bonne tenue, une dame ayant été nombre d'années institutrice, recevrait dès le 1er Avril, des jeunes personnes désirant apprendre à fond la langue française, la couture dans ses détails pratiques; entr' autre, la confection des robes pour leur usage. Soins du ménage si on le désire; en un mot, une éducation de famille. Prix 800 Francs. On recevrait également les jeunes filles qui désireraient suivre les cours de l'école supérieure. S'adresser à M<sup>lle</sup> Morgenthaler à Lausanne ou à Monsieur Linder pasteur de l'église allemande dans la même ville.

**Arbeitersuch.** Z. v. 975. Bei Gärten finden Gärtler und Polierer leicht Arbeit. Auftraggeber: G. Stroß.

Z. v. 850. Dreifach. Ein geübter **Steuerperquisitionsgehilfe** findet bei Unterzeichnetem vom 1. Mai an Beschäftigung. Dreifach, im Monat März 1869.

**Stelleantrag.** Z. v. 816. Mann- größerer Generalagentur in Mannheim findet ein junger Mann, der bei guter Schulbildung einige Kenntnisse von Versicherungswesen besitzt oder sich demselben dauernd widmen will, sofort Stellung. Selbstgeschriebene Offerten sub C 77 C poste restante Mannheim.

**Agenturgesuch für Oesterreich.**  
Ein Agenturgeschäft in Wien, dem die besten Referenzen zur Seite stehen, sucht die Vertretung leistungsfähiger Firmen, gleichviel in welcher Branche, für Oesterreich.  
Offerten sub **M 128** befördert die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin. **Z. v. 617.**

**Alle Arten Speise- und Trink-Chocoladen** empfiehlt **Louis Lauer** 12. Akademiestraße Nr. 12.

Z. r. 11. Bei Rob. Kab in Baden ist ein neuer Pony-Wagen zu verkaufen.

## Kellnerstelle-Gesuch.

Z. v. 1000. B. Ein gewandter Kellner, mit guten Zeugnissen versehen, und der französischen Sprache mächtig, sucht eine Stelle und könnte sogleich eintreten. Adresse zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

## Anzeige.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich das Wein- und Kirchwasser-Geschäft von meinem sel. Vater **Valentin G. H. H. H.** fortzuführen werde, und empfehle reine und billige Waare. **August Ehrst zur Sonne.** Oberkirch. **Z. v. 767.**

## Bekanntmachung.

Zur Bearbeitung der für die Zwecke der Grundsteuerregulierung im Regierungsbezirk Cassel auszuführenden Revmessungen fehlt es an der erforderlichen Anzahl von Feldmessern.  
Indem ich die Geometer und Geometergehilfen auf die lohnenden und mehrere Jahre dauernden Vermessungsarbeiten im hiesigen Bezirk aufmerksam mache, fordere ich diejenigen von ihnen, welche Lust haben, sich an diesen Arbeiten zu betheiligen, auf, sich zur Uebernahme derselben an mich schriftlich zu wenden. **Cassel, den 8. März 1869.**  
Der Kommissar des Königlich Preussischen Finanz-Ministers für die Grundsteuer-Bermessungs-Arbeiten im Regierungsbezirk Cassel. **Ober-Regierungs-Rath Wilhelm.**

## Pferdemarkt.

Der Stuttgarter Pferdemarkt findet in diesem Jahre am 19. u. 20. April statt. Für Stellungen, namentlich im neuen städtischen Stallgebäude, ist sorgfältig rechtzeitige Anmeldung hier für bei dem Marktmeisteramt wird empfohlen.  
Während des Marktes werden eine größere Anzahl arabischer Voll- und Halbblutpferde aus den Gestüthen und Marzällen Seiner Majestät des Königs, sowie Pferde aus den k. Landesgestüthen zum Verkauf kommen.  
Die k. Eisenbahnverwaltung hat für den Transport der Pferde nach Stuttgart vom 15. bis 20. April und den Transport aus Stuttgart vom 19. bis 26. April einschließend auf den k. württemberg. Staatsbahnen eine Begünstigung dadurch gewährt, daß in denselben Fällen, in welchen Pferde auf gewöhnlichen Güterwagen (nicht aber auch auf Pferdeshallwagen) zur Beförderung mit Personenzügen aufgegeben werden, und Betriebsbedürfnisse die Beförderung mit diesen Zügen in einzelnen Fällen nicht unzulässig machen, auf den für diese Beförderungswiese vorgeschriebenen Tarifaufschlag von 50 Pct. der gewöhnlichen, auf die Benutzung der Güterzüge berechneten Taxe verzichtet wird.  
Für die ausgezeichneten, von Ausländern und Inländern zu Markt gebrachten Pferde sind Prämien ausgesetzt.  
Mit dem Markt ist eine Lotterie von Pferden, Equipagen und andern Fahr- und Reitrequisiten mit Losen à 30 fr. verbunden. Haupttag für den Verkauf der Lose ist Kaufm. G. Frey, Kanzleistr. Nr. 20. Eine Ausstellung für die Wagenfabrikation und Sattlerei mit Verkauf wird in der neuen Markthalle veranstaltet.  
Ueber die Dauer des Pferdemarktes wird eine Marktzeitung ausgegeben, welche den Pferdehändlern und

den Gewerbetreibenden zur Benützung empfohlen wird; Inzerate für dieses Blatt vermittelt das Marktmeisteramt. **Den 4. März 1869. Der Gemeinderath.**

## Verkauf von Wildhäuten, Fellen und Bälgen.

Aus der Fürstlichen Wildpremtreiberei dahier werden verkauft:  
1) Althierhaut, 23 Dambobhäute, 32 Häute von Damgäsen, Dampfgäsen und Fischen, ungefähr 319 Rehselle, ungefähr 225 Fuchsbälge, 2 Fuchshörnerbälge und 449 Hasenbälge.  
Dieselben, sowie die Kaufbedingungen können bei dem Fürstlichen Hoffischer Seemann dahier eingesehen werden. Die Angebote sind schriftlich für die ganze Stückzahl einer Gattung und ohne Aufhebung einzelner Häute, Felle oder Bälge nach dem Stüde zu machen und längstens bis **Mittwoch den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr,** bei der Fürstlichen Kabinetkanzlei einzureichen. Die Verlobung des Ergebnisses findet sogleich statt. Diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, haben die Waare binnen 8 Tagen gegen baare Zahlung abzurufen. **Donauerschillingen, den 6. März 1869.**  
Fürstlich Fürstenerbergische Kabinetkanzlei.

## Solpferzeigerung.

Die Gemeinde Kuppenheim versteigert am **Mittwoch den 17. d. M., Morgens 9 Uhr** anfangend, aus ihrem Gemeindewald folgende Holz: 48 Bau- und Aufgehens, 531 tannene Bauhämme, 127 Säglöhle, 10 Gerüstflangen, 100 Heckenflangen.  
Die Zusammenkunft ist im Rathhaus dahier. **Kuppenheim, den 9. März 1869.**  
Das Bürgermeisteramt. **Hertwed.**

## Strafrechtspflege.

**Kadungen und Kadungen.** Z. v. 509. Nr. 4850. Mosbach. Am 6. b. Mto. wurde in Hochhausen aus einem Privatbause entwendet:  
1) In einem etwa 1/2 Fuß langen farbigen Säckchen, welches sich in einem größeren weißleinenen Säckchen befand, 550 fl. in Gold, bestehend aus einem doppelten Friedrichs'or, einem 50-fl.-Stück (20 Dollars in Gold), etwa 20 einfachen Friedrichs'or und Napoleons, 10 württemberg. Dukaten.  
2) Etwa 100 fl., bestehend aus 2 österreichischen Kronenthalern, 3 1/2 fl.-Stücken, preuß. Dalern, österr. Gulden und andern Gulden, ferner aus 35 fr. Stücken und halben Gulden; 6 Franken waren in einem Papierden eingewickelt.  
3) Aus einem hölzernen Säckchen 45 fl. in Gold, bestehend aus 4 preuß. Friedrichs'or und einem 10-Frankenstück.  
Wir bitten um Fahndung und Mittheilung des Ergebnisses. **Mosbach, den 8. März 1869.**  
Großb. bad. Amtsgericht. **Heres.**

Frankfurt, 9. März.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Preis.	Per compt.	Preis.	Per compt.	Preis.	Per compt.
Preuß. 5 1/2 % Obligationen	94 P.	Oesterr. 5 1/2 % D. 1864 i. R.	66 bez.	3 1/2 % Preuß. Pr. A.	55 G.
4 1/2 % do.	81 1/2 P.	5 1/2 % Met. v. 1865	55 1/2 G.	Kurb. 40 Thlr.-L.	34 1/2 G.
Frankf. 4 1/2 % Obligationen	93 1/2 P.	5 1/2 % Rat.-Anl. 1854	62 1/2 G.	Raff. 25-fl.-L.	103 3/4 G.
4 1/2 % do.	85 1/2 P.	5 1/2 % Met.-Dbl. 1862	62 1/2 G.	4 1/2 % Bayr. Präm. A.	103 3/4 G.
3 1/2 % do.	85 1/2 P.	4 1/2 % Metall.-Oblig.	73 1/2 P.	Ansb. Gungelb. L.	13 P.
Preuß. 4 1/2 % Obl. a. 105	85 1/2 P.	5 1/2 % Ung. C. B. - Anl.	73 1/2 P.	4 1/2 % Sächs. Oblig.	104 1/2 G.
Bayern 5 1/2 % Obligationen	103 G.	5 1/2 % Dbl. in R. a. fl. 12	84 1/2 P.	5 1/2 % Sächs. - Loose	55 G.
4 1/2 % 1-jährig	94 1/2 P.	6 1/2 % Dbl. in R. a. fl. 105	96 1/2 P.	Gr. Hess. 50-fl.-L.	164 1/2 G.
4 1/2 % 2-jährig	95 1/2 P.	Belgien 4 1/2 % Dbl. i. R. a. 28fr	86 1/2 P.	25-fl.-L.	39 1/2 G.
4 1/2 % 3-jährig	89 1/2 P.	Italien 6 1/2 % Dbl. d. Labatf. 1861	86 1/2 P.	Deftr. 25-fl.-L. v. 1839	166 G.
4 1/2 % 4-jährig	89 1/2 P.	5 1/2 % Lomb. i. S.	85 1/2 G.	250 fl. v. 1854	74 P.
4 1/2 % 5-jährig	89 1/2 P.	5 1/2 % Venet.	86 1/2 P.	500 fl. v. 60%	82 1/2 bez.
5 1/2 % Obl. a. 105	106 1/2 P.	Schw. 4 1/2 % D. i. R. a. 105	86 1/2 P.	100 fl. v. 1864	120 1/2 P.
Wirtb. 4 1/2 % Obligationen	87 G.	Schw. 4 1/2 % Dbl. d. i. R. a. 28	102 1/2 P.	100 fl. v. 1864	162 1/2 P.
4 1/2 % do.	87 G.	4 1/2 % Bern. Stadt-D.	97 G.	Schw. Thlr. 10-L.	11 1/2 bez.
3 1/2 % do.	83 P.	4 1/2 % do.	97 G.	Finanl. Thlr. 10-L.	8 1/2 P.
Baden 4 1/2 % Obligationen	93 1/2 P.	N.-Anl.	6 1/2 % St. d. 1881 v. 61	3 1/2 % Verb. Pr. 100	94 1/2 P.
4 1/2 % do.	86 1/2 G.	6 1/2 % do. r. 1881 v. 64	88 P.	3 1/2 % Ant. v. 1867	95 P.
3 1/2 % do. v. 1842	83 1/2 P.	6 1/2 % do. r. 1882 v. 62	86 1/2 G. G.	3 1/2 % Wilsfel v. 1862	119 1/2 bez.
G. Hess. 5 1/2 % Obligationen	102 1/2 P.	6 1/2 % do. r. 1885 v. 65	85 1/2 P.	3 1/2 % Ant. v. 1867	95 P.
4 1/2 % do.	85 1/2 G.	6 1/2 % do. r. 1887 v. 67	84 1/2 P.	3 1/2 % Wilsfel v. 1862	119 1/2 bez.
3 1/2 % do.	85 1/2 G.	5 1/2 % do. r. 1874 v. 61	84 1/2 P.	3 1/2 % Verb. Pr. 100	94 1/2 P.
Wirtb. 4 1/2 % Obligationen	80 1/2 G.	5 1/2 % do. r. 1874 v. 61	84 1/2 P.	3 1/2 % Ant. v. 1867	95 P.
Deftr. 5 1/2 % Dbl. 1852 i. R.	65 1/2 P.	5 1/2 % do. r. 1874 v. 61	84 1/2 P.	3 1/2 % Wilsfel v. 1862	119 1/2 bez.
5 1/2 % do. 1859	65 1/2 P.	5 1/2 % do. r. 1904 v. 64	79 1/2 P.	3 1/2 % Verb. Pr. 100	94 1/2 P.